



Stand der Welthandelsrunde (Doha Development Agenda - DDA)

November / Dezember 2007

1. Überblick

Zusammenfassung	<p>Seit der offiziellen Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen im Februar 2007 wurden intensive Gespräche in unterschiedlichen Formaten unter Beteiligung der G4/G6-Staaten geführt (EU, USA, BRA, IND + JAP, AUS). Nach dem Scheitern dieser Gespräche liegt der Fokus der DDA-Verhandlungen nunmehr wieder beim multilateralen Prozess in Genf. Am 17. Juli 2007 legten die Vorsitzenden der WTO-Verhandlungsgruppen Agrar und Industriezölle (NAMA) nach ausführlichen Beratungen mit den WTO-Mitgliedern Kompromisspapiere vor, die den Weg zu einem Abschluss der Doha-Runde ebnen sollen. Beide Papiere orientieren sich am aktuellen Verhandlungsstand und verlangen allen Parteien weitere Opfer ab. In der Sitzung des WTO-Hauptverhandlungsausschusses (Trade Negotiation Committee) Ende Juli bestand zwischen den WTO-Mitgliedern grundsätzliches Einvernehmen, dass diese Texte als Ausgangsbasis für die weiteren Verhandlungen dienen sollten.</p> <p>Die EU-KOM sieht in den beiden Papieren einen wichtigen Schritt zur Fortführung des multilateralen Prozesses, auch wenn die Modalitätensvorschläge nicht in allen Bereichen der EU-Position entsprechen. Revidierte Texte werden für Mitte/Ende November erwartet. In den Verhandlungsbereichen Dienstleistungen und Regeln sollen möglichst parallel dazu ebenfalls eigenständige Texte erarbeitet werden.</p> <p>Am 17. Oktober 2007 fand ein Treffen von Südafrika, Brasilien und Indien in Pretoria statt. In der Gipfelerklärung wird erneut betont, dass die vorliegenden Genfer Texte eine gute Verhandlungsbasis darstellen, zugleich wird die spezielle Rolle des Agrarbereichs hervorgehoben.</p> <p>Die nächsten Verhandlungswochen – insbesondere im Bereich der Industriegüter – werden zeigen, ob sich die Positionen annähern und somit ein Abschluss der Runde noch in diesem Jahr oder Anfang 2008 möglich ist. Vor diesem Hintergrund wurde bei der Sitzung des Allgemeinen Rates der WTO am 9. Oktober 2007 das Datum für die nächste WTO-Ministerkonferenz noch offen gehalten.</p> <p>Die Verhandlungen zur Doha-Runde sind ein Schwerpunkt der deutschen Handelspolitik. Die Bundesregierung setzt sich auch weiterhin nachdrücklich für einen ausgewogenen, erfolgreichen und zügigen Abschluss der Doha-Runde ein. Dies hat zuletzt auch Bundeskanzlerin Merkel erneut bei Ihrer Reise nach Indien Ende Oktober bekräftigt.</p>								
Termine	<table><tr><td>5. – 9. November</td><td>NAMA-Verhandlungswoche</td></tr><tr><td>12. – 16. November</td><td>Verhandlungswoche zu Dienstleistungen</td></tr><tr><td>16. November</td><td>133 Handelsausschuss Mitglieder</td></tr><tr><td>7. Dezember</td><td>133 Handelsausschuss Mitglieder</td></tr></table>	5. – 9. November	NAMA-Verhandlungswoche	12. – 16. November	Verhandlungswoche zu Dienstleistungen	16. November	133 Handelsausschuss Mitglieder	7. Dezember	133 Handelsausschuss Mitglieder
5. – 9. November	NAMA-Verhandlungswoche								
12. – 16. November	Verhandlungswoche zu Dienstleistungen								
16. November	133 Handelsausschuss Mitglieder								
7. Dezember	133 Handelsausschuss Mitglieder								

2. Stand der Verhandlungen im Einzelnen

<p>Agrarverhandlungen</p>	<p>Seit Ende der Sommerpause wird im Agrarbereich auf Basis des vom Vorsitzenden der Agrarverhandlungsgruppe, Botschafter Falconer, am 17. Juli 2007 vorgelegten Entwurfs möglicher Agrarmodalitäten intensiv und in verschiedenen Verhandlungsformaten nach Kompromissen gesucht. Vor allem wird derzeit im Bereich Agrarmarktzugang über die Konkretisierung der Ausnahmeregelungen für Entwicklungsländer, die „Speziellen Produkte“ und den „Speziellen Schutzklauselmechanismus“, verhandelt. Annäherungen auf technischer Ebene haben stattgefunden, die politischen Kernfragen sind aber noch offen.</p> <p>EU hatte mehrfach angedeutet, dass sie sich unter der Bedingung entsprechender Gegenleistungen beim Abbau der internen Stützung der USA und bei einer substanziellen Verbesserung des Marktzuganges für Industriegüter und Dienstleistungen in die Schwellenländer einem Kompromiss in der Nähe des G-20-Vorschlags nicht verweigern werde. Weitere Voraussetzung sei ein für die EU zufrieden stellendes Ergebnis bei Sensiblen Produkten, der Speziellen Schutzklausel und dem parallelen Abbau aller Formen der Exportstützung sowie bei Geographischen Angaben (GI). Es werde allerdings keine weiteren unilateralen Zugeständnisse der EU geben.</p> <p>Die USA ließen Bewegung bei der Obergrenze für die gesamte handelsverzerrende interne Stützung erkennen, haben aber Probleme, dem Vorschlag Falconers zu Baumwolle zu folgen.</p>
<p>Dienstleistungen</p>	<p>Bis Ende Juni 2006 haben ca. 70 Mitglieder Dienstleistungs-(DL)-angebote abgegeben (EU als ein Mitglied gezählt), darunter ca. 30 überarbeitete Angebote. Viele dieser Angebote sind nachbesserungsbedürftig. Auf der Ministerkonferenz 2005 In Hongkong war deshalb vereinbart worden, Ende Juli 2006 neue Angebote auszutauschen. Auch EU hat ein überarbeitetes Angebot vorbereitet, das Verbesserungen enthält. Zu einem Austausch der Angebote kam es aber wegen des Aussetzens der Verhandlungen nicht. Ein Termin für den Austausch verbesserter Angebote wird voraussichtlich im Zusammenhang mit der angestrebten Einigung über die Modalitäten zu Agrar und Zoll festgelegt werden. Der Vorsitzende der Dienstleistungsverhandlungen will wie bei Agrar und NAMA ebenfalls Mitte November ein Papier zu den weiteren Modalitäten der Dienstleistungsverhandlungen vorlegen. Das Papier wird sich voraussichtlich an dem Dienstleistungsannex der Ministererklärung von Hongkong orientieren, einen Termin für den Austausch verbesserter Angebote nennen und eine allgemeine Aussage zum Ambitionsniveau für die Verhandlungsergebnisse treffen. Die EU setzt sich ferner für eine sog. „signalling conference“ auf politischer Ebene ein, bei der die WTO-Mitglieder ihre Bereitschaft zur Verbesserung der bisherigen Dienstleistungsangebote erklären sollen.</p> <p>In den Verhandlungen über innerstaatliche Regulierung hat der Vorsitz inzwischen ein ausgewogenes Kompromisspapier vorgelegt. Danach sollen insbes. Transparenz und rechtstaatliche Verfahren gewährleistet werden. Ein strenger Notwendigkeitstest für innerstaatliche Regulierung wird in dem Papier richtigerweise nicht gefordert.</p> <p>Die seit 1995 laufenden GATS-Verhandlungen über die evt. Einführung einer Schutzklausel, über Subventionen und öffentliches Auftragswesen für DL gehen weiter, ohne dass ein konkretes Ergebnis absehbar ist.</p> <p>Im Rahmen der EU-Erweiterung hat die EU 2004 eine konsolidierte Liste der GATS-Verpflichtungen für die EU-25 bei der WTO notifiziert und dabei die Verpflichtungen der neuen Mitgliedstaaten angepasst (keine materiellen Auswirkungen auf D). Die Verhandlungen in der WTO über die neue konsolidierte Dienstleistungsliste für die EU-25 sind in der WTO inzwischen abgeschlossen. Die EU führt derzeit ihre internen Verfahren für das Inkrafttreten der neuen Liste durch.</p>
<p>Marktzugang für Nicht-</p>	<p>Auch nach der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong Ende 2005 blieb der im Juli</p>

<p>Agrarprodukte (Non Agricultural Market Access – NAMA)</p>	<p>2004 gebilligte Text des Rahmenabkommens Grundlage der Verhandlungen. Seitdem wurden die Kernelemente Zollsenkungs-Formel, Behandlung der ungebundenen Zölle, Flexibilität für EL (S&D), Teilnahme an Sektorverhandlungen, „Präferenzerosion“ und nichttarifäre Handelshemmnisse (NTB) vertieft, allerdings bisher ohne Konkretisierung des Textes vom Juli 2004.</p> <p>Kern der Modalitäten ist die <u>Formel</u> für Zollsenkungen. In Hongkong haben sich die Minister im Grundsatz auf eine „Schweizer Formel“ verständigt, d.h. auf eine Progressionsformel, mit der hohe Zölle stärker gesenkt werden als niedrige. Dieser Text bietet jedoch noch keine ausreichend klare Grundlage für die konkrete Ausgestaltung der Formel. Die in von der Verhandlungsgruppe favorisierte Schweizer Formel scheint nun nicht mehr in Frage zu stehen. Divergierende Meinungen gibt es jedoch zum Ambitionsniveau in Bezug auf den zu wählenden Koeffizienten, Sonderbehandlung für die EL sowie die den EL zugesagte nicht volle Reziprozität. Für viele EL und Schwellenländer sind Fortschritte bei NAMA vom verbesserten Marktzugang für Agrarprodukte in der EU abhängig. Dies kommt auch in der Erklärung von Hongkong zum Ausdruck, in der ein vergleichbares Ambitionsniveau in beiden Verhandlungsbereichen angestrebt wird.</p> <p>Da Zollsenkungen, die mittels der Schweizer Formel vorgenommen werden sollen, von den in der WTO gebundenen Zöllen ausgehen, müssen für <u>ungebundene Zölle Basiswerte für Zollsenkungen</u> vereinbart werden. Vor allem für die bisher noch nicht gebundenen Zölle in den südostasiatischen Ländern wurde daher ein nicht-linearerer Heraufsetzungsansatz vorgeschlagen.</p> <p>Die <u>Sektorverhandlungen</u> gehen von freiwilliger Beteiligung an eventuellen plurilateralen Sektorabkommen aus. Insbesondere USA und Kanada sind damit den EL, die verbindliche Sektorverhandlungen abgelehnt hatten, entgegengekommen. Problem wird nicht nur sein, Konsens über bestimmte Sektoren zu finden, sondern auch auf freiwilliger Basis eine ausreichende Beteiligung sicherzustellen. EU wünscht Verbindlichkeit der Sektorverhandlungen u.a. für Textil und Bekleidung. Weitgehend Einigkeit besteht darüber, dass eventuelle Sektorabkommen <i>über die Formel hinaus</i> zusätzliche Zollsenkungen generieren sollen.</p> <p>Die Diskussion über <u>nichttarifäre Handelshemmnisse (NTB)</u> kommt bisher nur allmählich voran. Dabei besteht weitgehend Einvernehmen, bereits in WTO-Abkommen geregelte NTB nicht zu behandeln. EU schlägt u.a. den Abbau von Exportsteuern und einen horizontalen Mechanismus zur Erörterung und Klärung von potentiellen Streitfällen vor. Der Verhandlungsgruppenvorsitzende hat die WTO-MS aufgefordert, ihre Verhandlungsvorschläge zusammenzufassen sowie gemeinsame Vorschläge vorzulegen und für die weitere Behandlung des Themas einen Stufenplan vorgeschlagen.</p> <p>Für viele afrikanische EL ist vor allem die sog. <u>Präferenzerosion</u> von besonderer Bedeutung. Sie befürchten durch Zollsenkungen <i>für alle Länder</i> ihren bisherigen Vorteil durch <i>präferenzierte Zollsätze</i> gegenüber im Handel konkurrierenden Ländern zu verlieren. Die Verhandlungsgruppe wurde beauftragt, den Umfang des Problems zu prüfen, um Lösungen zu finden. Hierzu hat das WTO-Sekretariat entsprechende Vorarbeiten geleistet.</p> <p>In nächster Zeit sollen alle Themen weiter erörtert werden, im Vordergrund soll jedoch eine Einigung bei den Kern-Modalitäten, v.a. der Formel, stehen. Am 17. Juli (zeitgleich mit Agrar-Papier) legte dazu der Verhandlungsgruppenvorsitzende Botschafter Stephenson einen Verhandlungstext vor. Dies ist für NAMA der erste Text in 2007. Vor der Sommerpause verständigten sich die WTO-Mitglieder in Genf darauf, das Papier grundsätzlich als Basis für die weiteren Verhandlungen zu akzeptieren. Allerdings gab es von Seiten einiger Entwicklungsländer vereinzelt Kritik u.a. an den Bandbreiten potentieller Zollkoeffizienten. Die Verhandlungen wurden in Genf im September wieder aufgenommen. Allerdings fordern EL nunmehr weitere Flexibilitäten. Es ist noch nicht klar, wann es eine überarbeitete Fassung des Stephenson-Texts geben könnte.</p>
<p>Handelsregeln/Rules (Antidumping; Subventionen, einschl. Fischereisubventionen-</p>	<p>Hongkong führte bei Rules nur zur Bestätigung des Verhandlungsmandats von 2001. Danach gilt es, die Regeln der handelspolitischen Schutzinstrumente fortzuentwickeln. Allerdings war von der Aussetzung der Verhandlungen der Bereich „Regeln“ in gleicher Weise betroffen.</p>

Regionalabkommen)

Die wichtigste Frage lautet derzeit, wann der Verhandlungsführer für das Thema Regeln seinen Textvorschlag vorlegen wird. Die allgemeinen Vorstellungen gehen in Richtung eines zeitnahen Vorlegens zu NAMA und Agrar.

In der EU selbst führt die von Kommissar Mandelson angestoßene Reflexionsphase zu den handelspolitischen Schutzinstrumenten – insbesondere zu Antidumping - zur Frage des Verhältnisses von gemeinschaftsweiten Reformüberlegungen einerseits und dem Reformprozess in Genf andererseits. Aus Sicht der Bundesregierung ist weiterhin der Reform der entsprechenden WTO-Übereinkommen Vorrang vor einseitigen und vorausseilenden Maßnahmen der Gemeinschaft einzuräumen.

Insofern sollte EU im Bereich *Antidumping* für den Fall der Wiederaufnahme der Verhandlungen an den bislang definierten Zielen festhalten. Im einzelnen sind dies nach wie vor folgende Themen:

- Transparenz und Vorhersehbarkeit (intransparente Praktiken einiger EL sowie neuer Anwender von Schutzmaßnahmen);
- Einsparung von Kosten durch vereinfachte Verfahren;
- Reviews, insbesondere Sunset-Reviews (Überprüfung bereits bestehender Maßnahmen und häufige Fortführung der Maßnahmen, insbesondere in den USA);
- Notwendigkeit einheitlicher Regeln zu Umgehungstatbeständen;
- verbindliche Anwendung der „lesser duty rule“, also Begrenzung der Dumpingzölle auf den festgestellten Schaden für die inländische Industrie, falls dieser niedriger ist als die festgestellte Dumpingmarge;
- Berücksichtigung der Interessen aller Wirtschaftsbeteiligter, auch der Verwender, also Einbeziehung des Gemeinschaftsinteresses (Praxis in EU, Ansätze auch in Kanada und wenigen anderen Ländern). Wobei aus Sicht von DE in der Gemeinschaft die bestehende Regelung zum Gemeinschaftsinteresse mit dem „built in bias“ zugunsten der Produzenten innerhalb der Gemeinschaft keine Veränderung erfahren sollte.

Auch im Bereich der *Subventionen* müssen die Gemeinschaftsziele bei einer Wiederaufnahme der Verhandlung nachhaltig weiter verfolgt werden. EU-Ziel sollte verbesserte internationale Disziplin und strikte Beihilferegeln bleiben. Konfliktfelder werden auch in Zukunft bestehen u.a. beim Thema Exportkredite (Brasilien), bei de-facto exportorientierten Beihilfen (Australien) sowie beim Bestreben vieler EL nach möglichst weitgehenden Sonderregeln und Ausnahmen von der Subventionsdisziplin.

Hierzu weiter sehr schleppende Verhandlungen, da außer EG, CAN, AUS, BRA, USA und ggf. JAP kaum jemand sich interessiert zeigt. Es liegen nur wenige, dafür aber durchgreifende Vorschläge auf dem Tisch. Es wird schwer bis unmöglich, ein gutes Ergebnis zu bekommen. EG versucht zurzeit hauptsächlich, dass das Thema nicht ganz von der Tagesordnung kommt.

Andererseits berichtete KOM, dass es bei den Themen „Dual Pricing“ und „below cost pricing“ durchaus Fortschritte gebe. So habe die Quad-Gruppe (USA, CAN und JAP) hohen Konsens bei „Dual Pricing“ erkennen lassen. USA ließen nunmehr auch ein größeres Interesse für das Thema „below cost pricing“ erkennen.

Die Diskussion über spezielle Regelungen für *Fischereisubventionen* macht passable Fortschritte, die grundsätzlich unterschiedlichen Ansätze der Hauptakteure („friends of fish“: u.a. BRA, NZL, USA: generelles Verbot mit Ausnahmen - „top down“, bzw. genaue Liste verbotener und erlaubter Beihilfen - bottom up: JPN u.a.) bestehen aber fort. BRA spielt eine besonders aktive Rolle. Sein jüngster Verhandlungsvorschlag ist nach EU-Einschätzung zu detailliert und prohibitiv ausgestaltet, hat aber bei vielen Mitgliedern gute Aufnahme gefunden. Er sieht neben einem generellen Verbot von Beihilfen (red box) einige enge Ausnahmen (green box) sowie eine Reihe angreifbarer Subventionen (amber box) sowie weitgehende Ausnahmen für EL vor. JPN hat in einem eigenen Vor-

	<p>schlag eine größere Anzahl von Subventionen als verboten klassifiziert, aber auch eine große Zahl von Ausnahmen gefordert. Die Reaktionen der Mitglieder waren dennoch gemischt; Der Vorschlag lasse zu viel Raum für Umgehungen der Verbote. EU, die sich um vermittelnde Position bemüht, hat ihren früheren Vorschlag vertieft. Sie benennt in der red box verbotener Beihilfen und der green box nur wenige Gruppen von Beihilfen, die später durch die Ständige Expertengruppe des Subventionsabkommens genauer definiert und interpretiert werden sollen. Ferner wird ein striktes und strafbewehrtes Notifizierungsverfahren gefordert. Nicht notifizierte Beihilfen sind verboten und müssen zurückgezahlt werden. Der Vorschlag wurde bislang eher zurückhaltend aufgenommen.</p> <p>Die Klärung der WTO-Regeln über <u>Regionalabkommen (RTAs)</u> hat durch die Zunahme bilateraler Freihandelsabkommen insbesondere in Asien an Bedeutung gewonnen. Im sog. „Sutherland Report“ zur Zukunft der WTO (2005) wird die globale Ausweitung der RTAs („spaghetti bowl of RTAs“) ausdrücklich als konkrete Gefahr für die Funktionsfähigkeit der WTO-Regeln bezeichnet. Inhaltlich geht es um eine Vereinheitlichung der Rechtspraxis und um mehr Transparenz durch klarere Regeln über die Notifikationsverfahren.</p> <p>Nach mehrjährigen Verhandlungen konnte Ende Juni 2006 eine Vereinbarung über einen „Transparenzmechanismus“ erzielt werden. Sie sieht grundsätzlich gleiche Transparenzvorschriften für alle RTAs vor, unabhängig davon, ob sie rechtlich unter Art. XXIV GATT, Art. V GATS oder die enabling clause einzuordnen sind. Vorgesehen sind u.a. frühe Ankündigung von RTA-Verhandlungen, Notifizierung nach Abschluss, Übermittlung aller relevanten Daten (Zölle, Präferenzen, Fristen etc.), eine faktische Präsentation des Abkommens durch das WTO-Sekretariat, nachträgliche Mitteilung etwaiger Änderungen des RTA und technische Hilfe für EL. RTAs, die der Enabling Clause unterliegen, sollen nicht im Ausschuss für Regionalabkommen (CRTA), sondern im Ausschuss für Entwicklung (CTD) überprüft werden. Die Verwendung der Präsentationen in Streit-schlichtungsverfahren wurde ausgeschlossen. Wegen der Unterbrechung der DDA insgesamt steht die Formalisierung dieser Vereinbarung durch den Allgemeinen Rat noch aus.</p> <p>Zu klären bleiben weiterhin die inhaltlichen Kriterien von Freihandelszonen, u.a. die Interpretation von Art. XXIV Abs. 8 GATT, wonach ein RTA annähernd den gesamten Handel („substantially all trade“) erfassen muss. Umstritten ist u.a., ob hierbei allein quantitative (so Australien) oder auch qualitative Kriterien (EU) heranzuziehen sind. Einige EL fordern unter Berufung auf die Enabling Clause von 1979 völlige Freistellung von allen Verpflichtungen. EU will insgesamt größere inhaltliche Flexibilität für EL in Nord-Süd-Abkommen.</p>
<p>Handelserleichterungen (Bürokratieabbau in den Zollverfahren)</p>	<p>Nach dem EU-Verzicht auf die drei sog. Singapur-Themen Investitionen, Wettbewerb und Transparenz im öffentlichen Auftragswesen haben die im Juli-Paket 2004 vereinbarten Verhandlungen zur Reform der weltweiten Zollverfahren guten Fortschritt gemacht. Ziel sind transparentere, klare und effektive Zollverfahren (vgl. a. Artikel V, VIII und X des GATT). Auch die deutsche Wirtschaft hat hieran großes Interesse, da die Kosten für Zollverfahren etwa ca. 5–10 % des Warenwerts ausmachen und damit vielfach höher sind als noch bestehende Zölle. In den Verhandlungen hat sich gezeigt, dass fehlende Kapazität der EL im finanziellen, technischen und im Verfahrens-Bereich eine Umsetzung für die EL erschwert. Daher war man sich schon im Verhandlungspaket Juli 2004 einig, dass zur Umsetzung der aus einem Abkommen resultierenden Verpflichtungen Technical Assistance (TA) und Capacity Building (CB) notwendig wären. Für EL ist dies entscheidend, um einem Abkommen zu TF zustimmen zu können. In den Verhandlungen hat sich weiter gezeigt, dass einige EL nicht in der Lage sind, das für sie notwendige Maß an Hilfeleistungen zu ermitteln. Daher haben WTO/WZO und Weltbank ein so genanntes Needs-Assessment Tool für die EL entwickelt, das EL helfen soll, ihren Bedarf und Prioritäten zu identifizieren (Koordination durch WTO). Für diesen Prozess liegen bereits Anfragen von 53 EL vor.</p> <p>Dies könnte die EU Bemühungen weiter voranbringen, skeptische EL zu überzeugen, dass Handelserleichterung auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Analysen und Erfahrungsberichte von Weltbank, WCO, OECD und UNCTAD und</p>

	<p>nicht zuletzt erste Erfahrungen aus dem Needs Assessment Prozess belegen, dass transparentere und effizientere Einfuhrverfahren die Zolleinkünfte sogar erheblich erhöhen können.</p> <p>EU hat mehrere <u>Vorschläge</u> zu GATT Art. X (Veröffentlichung/Anwendung von Handelsvorschriften), Art. V GATT (Transit) sowie Art. VIII (Gebühren/Abgaben) eingebracht. Sie strebt ein separates Abkommen an, in dem Grundsätze für den Handel vereinfachende Zollverfahren festgehalten werden, das aber auch die besonderen Verhältnisse einzelner EL berücksichtigt. Das zukünftige Abkommen sollte dem WTO-Streitschlichtungsverfahren unterliegen, um den Regeln Verbindlichkeit zu geben. Positiv ist die intensive Beteiligung der EL am Verhandlungsprozess, u.a. mit eigenen Vorschlägen. Schon in Hongkong wurde der einvernehmliche Bericht der Verhandlungsgruppe mit einer indikativen Themenliste bestätigt. Die Grundlage der Liste bildete eine Zusammenfassung der Beiträge der WTO-MS. Die Ministerkonferenz hat die Notwendigkeit bestätigt, rechtzeitig zu konkreten Textverhandlungen überzugehen. Wegen der Suspendierung der Runde kam es aber nicht zur Ende Juli 2006 angestrebten Vorlage eines ersten Abkommensentwurfs. Dies ist nun Aufgabe für die weiteren Verhandlungen.</p>
<p>Umwelt</p>	<p>Im CTE-SS im Juni konnte im Grundsatz eine Einigung zur Verbesserung des Informationsaustausches zwischen MEAs und WTO sowie zum Beobachterstatus von MEAs in der WTO (Ziff. 31 (ii) der Doha-Ministererklärung) erzielt werden. Die Diskussion konzentrierte sich auf ein von CAN und NZL vorgelegtes Papier, das bereits ein hohes Maß an Konvergenz aufweist. Danach soll der Informationsaustausch zwar regelmäßig, aber dennoch mit der nötigen Flexibilität stattfinden. Die Auswahl von MEAs für den Beobachterstatus soll nach allgemein definierten Kriterien erfolgen.</p> <p>Problematisch bleibt die Frage des Verhältnisses handelsrelevanter Verpflichtungen aus multilateralen Umweltabkommen (MEAs) und WTO-Regeln (Ziff. 31 (i)). Gemäß des Vorschlags von AUS und ARG soll der Austausch nationaler Erfahrungen bei der Implementierung von spezifischer MEA-Handelsverpflichtungen ausgebaut werden. Die EU kritisiert, dass der Austausch nationaler Erfahrungen nicht ausreichend sei, sondern die internationale Koordinierung verbessert werden müsse.</p> <p>Beim dritten Verhandlungsbereich von Ziff. 31 sieht das Doha-Mandat vor, umweltfreundlichen Güter und Dienstleistungen Handelspräferenzen zu gewähren. Die Gruppe der „Friends of Environment“, darunter die EU, hat dazu eine revidierte Umweltgüterliste vorgelegt. Die Liste weist einen hohen Grad an Konvergenz auf, wobei die Umweltgüter nach Aspekten des Umweltschutzes, der Handhabbarkeit der Zollbehörden und der Aussicht auf Einigung ausgewählt wurden. Die EU erhofft sich bis zum nächsten CTE-SS im Juni Kommentare anderer WTO-Mitglieder.</p> <p>Die Liste rief allerdings deutlich divergierende Reaktionen der WTO-Mitglieder hervor. Dies betrifft sowohl die grundsätzliche Entscheidung über den Ansatz (Listen- versus Projektansatz; wobei insbesondere IND am Projektansatz festhält) als auch die konkrete Ausgestaltung der Liste, die den meisten Entwicklungsländern zu wenig entwicklungsfreundlich ist.</p>
<p>Soziales</p>	<p>Bisher wurden alle Versuche, soziale Fragen in der WTO zu behandeln, von der überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder, v.a. Entwicklungs- und Schwellenländer, als Einmischung in innere Angelegenheiten und versteckter Protektionismus zurückgewiesen. Gleichwohl enthält die Doha-Erklärung einen Hinweis auf aktuelle Arbeiten der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zur sozialen Dimension der Globalisierung. Diese Arbeiten haben mit der Veröffentlichung des Berichtes der IAO–Weltkommission im Februar 2004 einen ersten Abschluss erfahren. Die Bundesregierung hat ein Positionspapier zu diesem Bericht erarbeitet. BMAS hat in Zusammenarbeit mit der französischen Regierung und der IAO am 22.-23. November 2006 in Berlin eine internationale Follow-up - Konferenz "Globalisierung fair gestalten - Kohärente Politik für mehr Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit" durchgeführt. Der EU-Ministerrat hatte Anfang März 2005 Ratschlussfolgerungen verabschiedet, in denen er die Bedeutung der sozialen Dimension der Globalisierung unterstreicht. Im Dezember 2006 ist</p>

	<p>die Verabschiedung von Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Menschenwürdige Arbeit für alle“ erfolgt, in denen auch die Verbindung zur Handelspolitik thematisiert wird. Auch auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm sowie auf der Konferenz der G8-Beschäftigungs- und Arbeitsminister in Dresden im Mai 2007 wurde in den jeweiligen Schlussfolgerungen die Einbeziehung sozialer Aspekte in die Handelspolitik nachdrücklich gefordert.</p> <p>Bei der nachhaltigen Gestaltung der Globalisierung ist die Einbindung aller maßgeblichen internationalen Institutionen, darunter die IAO, von großer Bedeutung. Auch die Weltkommission hat dies hervorgehoben. Die Bundesregierung hält daher an dem Ziel fest, ein institutionalisiertes „Standing Forum“, bestehend aus WTO, IAO, UNCTAD, Weltbank, IWF und ggf. anderen internationalen Akteuren einzurichten.</p>
<p>Sonderbehandlung von Entwicklungsländern (Special and differential treatment – S+D)</p>	<p>Mit dem sog. Entwicklungspaket wurde in Hongkong ein wichtiger entwicklungspolitischer Akzent gesetzt. Es wurden 5 Vorschläge zur bevorzugten Behandlung der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) angenommen, darunter die Gewährung zoll- und quotenfreien Marktzugangs für alle Produkte aus diesen Ländern bis spätestens 2008. EU hat diese Regelung bereits in ihrer „Everything but arms“-Initiative realisiert. Wichtig ist, dass sich nun auch andere Industrieländer wie die USA und Japan angeschlossen haben, wenngleich bedauerlicherweise nur mit Einschränkungen. USA lehnen weitere Verhandlungen über die Umsetzung der übernommenen Verpflichtungen ab.</p> <p>Reform der S+D-Bestimmungen bleibt ein wichtiger Bestandteil der DDA. Bislang konnten aber nur wenige Ergebnisse erzielt werden. EL und IL vertreten unterschiedliche Verhandlungsansätze. EL haben schon vor Cancún eine Liste mit 88 S+D-Normen vorgelegt, die nach ihrer Auffassung geändert werden sollten. IL verlangen dagegen, auch über zugrunde liegende Querschnittsfragen (Monitoring bestehender S+D-Regeln, Kriterien für EL, Instrumente) zu sprechen. Dies wurde von EL bislang vehement abgelehnt, da sie eine Diskussion über die Unterschiedlichkeit der Situationen und Bedürfnisse der EL und die daraus folgende Notwendigkeit einer stärkeren Differenzierung innerhalb der EL vermeiden wollen. Auch wenn unter EL hierzu zunehmend unterschiedliche Meinungen vertreten werden, blieb die Differenzierungsfrage bislang zurückgestellt. Zu 28 Vorschlägen konnte bereits grundsätzliches Einverständnis erzielt werden. Eine formelle Bestätigung steht noch aus. Bei ihrer ersten Sitzung nach Hongkong hat die Verhandlungsgruppe vereinbart, zunächst die noch offenen Vorschläge zu behandeln, bei denen eine Einigung in Reichweite ist (sog. Kategorie I). Konkrete Textentwürfe für acht Kategorie I-Vorschläge wurden zuletzt diskutiert. Wegen des engen Zusammenhangs mit den Agrar- und NAMA-Verhandlungen konnten bislang keine weiteren Erfolge erzielt werden. Zu gegebener Zeit soll eine Bewertung der Kategorie II (Vorschläge, die in anderen Verhandlungsgruppen diskutiert werden), der Kategorie III (schwierige Vorschläge, die ggf. umformuliert werden sollten) sowie der Querschnittsfragen folgen.</p>
<p>Implementierung</p>	<p>Teil der DDA sind auch die Schwierigkeiten vieler EL bei der Umsetzung (Implementierung) der Vereinbarungen der Uruguay-Runde. Zu den Implementierungsanliegen zählen u.a. die Forderung nach Erweiterung des besonderen Schutzes für geographische Herkunftsangaben auf andere Produkte als Wein und Spirituosen (Interesse von EU und einigen EL, Ablehnung durch AUS, CND, CHL, USA) und das Verhältnis von TRIPS zur Konvention über biologische Vielfalt (s. u. gesonderte Darstellung). Bislang konnten Teilerfolge bei Anti-Dumping (Transparenz und Rechtsklarheit zugunsten EL), zum Übereinkommen über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (SPS; Empfehlungen zum Notifizierungsverfahren) und beim Subventionskodex (Verlängerung der Übergangsfristen beim Abbau von Exportsubventionen für nicht-landwirtschaftliche Produkte) erzielt werden. TRIPS-Rat verlängerte am 29. November 2005 die Übergangsfrist für LDC zur Implementierung eines materiellen Schutzes für geistiges Eigentum (Art. 66 Abs. 1 TRIPS) bis Juni 2013. In Hongkong wurde beschlossen, bis 31. Juli 2006 erforderliche Entscheidungen zu treffen. Bis dahin werden Implementierungsthemen auf jeder Sitzung des Hauptverhandlungsausschusses TNC und des Allgemeinen Rats behandelt. Wie bei S+D sind Ergebnisse wohl erst mit einem Gesamtabschluss der Runde zu erwarten.</p>

<p>TRIPS: Öffentliche Gesundheit und Zugang zu Medikamenten</p>	<p>Entsprechend dem Auftrag von Doha konnte am 6. Dezember 2005 eine endgültige Regelung für sog. „grenzüberschreitende Zwangslizenzen“ vereinbart werden. Die zunächst als Ausnahmeregelung („waiver“) zu Art. 31 f TRIPS konzipierte Regelung vom 30. August 2003 wird damit 1:1 umgesetzt. Sie enthält Kautelen gegen missbräuchliche Anwendung (Schutz vor Reimporten, Notifizierungspflichten, jährliche Überprüfung, opt-out-Erklärungen zur Nichtinanspruchnahme des Instruments), die in einer von allen WTO-Mitgliedern akzeptierten ergänzenden Erklärung des Vorsitzenden des Allgemeinen Rats bekräftigt wurden. Die EU muss die Änderung des TRIPS noch ratifizieren, das EU-interne Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Am 24. Oktober 2007 hat das Europäische Parlament der Ratifizierung zugestimmt. Innergemeinschaftlich ist die neue Regelung bereits durch eine Verordnung umgesetzt.</p>
<p>TRIPS: Biologische Vielfalt</p>	<p>Zum Verhältnis TRIPS – Konvention für biologische Vielfalt (CBD) hat EU Mitte September 2002 ein umfangreiches Reflexionspapier mit EL-freundlichen Positionen vorgelegt und 2005 in WIPO (World Intellectual Property Organisation) und WTO einen Vorschlag gemacht, der eine Information über die Herkunft der genetischen Ressourcen bei Patentanmeldung vorsieht, sie aber nicht zur Wirksamkeitsvoraussetzung für die Patenterteilung macht. Eventuelle Sanktionen gegen falsche Angaben sollen außerhalb des Patentrechts liegen. USA lehnen EU-Vorschlag als zu weitgehend ab, EL halten ihn für nicht ausreichend. In Hongkong wurde das Verhandlungsmandat nochmals ausdrücklich bestätigt. Bislang zeichnet sich aber keine Lösung ab.</p>
<p>TRIPS: geographische Herkunftsangaben</p>	<p>Die von Art. 23.4 TRIPS vorgegebenen Verhandlungen zur Errichtung eines multilateralen Systems zur Notifikation und Eintragung geografischer Angaben für Weine/Spirituosen haben bislang nur wenig Fortschritte gemacht. Dies gilt sowohl für die Ausweitung des erhöhten Schutzes geografischer Angaben auf andere Produkte als Weine und Spirituosen (s.o. bei Implementierung) als auch für die Einführung eines Registers für geografische Herkunftsangaben. Das Thema geografische Herkunftsangaben steht in engem Zusammenhang mit den WTO-Landwirtschaftsverhandlungen.</p>
<p>Reform des Streit-schlichtungsmechanismus (DSU)</p>	<p>Der Streitschlichtungsmechanismus (DSU) gilt als eines der Herzstücke des WTO-Systems. Daher darf eine Reform die Funktionsfähigkeit nicht gefährden. Nachdem der von der EU favorisierte Versuch einer breit angelegten DSU-Reform gescheitert ist, konzentrierten sich die Verhandlungen zuletzt auf einige Einzelfragen, die in kleineren Gruppen diskutiert werden. Zwar ist die DSU-Reform nicht Teil des sog. Single-Undertaking, jedoch besteht ein faktischer und politischer Verbund mit den übrigen Teilen der DDA.</p> <p>Wichtigstes Anliegen der EU ist Erstellung eines Verzeichnisses („roster“) mit 20 ständig verfügbaren, hochqualifizierten Schiedsrichtern, um die Einsetzung der Panel zu beschleunigen. Ferner sollen Sanktionen nur noch nach der förmlichen Überprüfung, ob eine Entscheidung ordnungsgemäß umgesetzt wurde, verhängt werden dürfen (sog. „sequencing“- bzw. ähnlich gelagerte „post retaliation“-Problematik). Ob sich diese Ziele durchsetzen lassen, ist angesichts der Kritik mehrerer Mitglieder offen (u.a. wirft sog. „Gruppe der 7“ - Argentinien, Brasilien, Kanada, Indien, Neuseeland, Norwegen, Mexiko - der EU vor, die Vorschläge zum „sequencing“ seien zu starr, um die angestrebten Verbesserungen zu erreichen). Weitere Verhandlungsthemen: Stärkung der Rechte von Drittparteien, kürzere Verfahrensfristen und die Möglichkeit einer Zurückverweisung des Appellate Body an das erstinstanzliche Panel.</p> <p>USA stehen DSU-Reform zurückhaltend gegenüber. Sie haben aber verbesserte Transparenz (Internetübertragung der Panelsitzungen) sowie Schaffung von Auslegungsrichtlinien für Streitschlichtungsorgane angeregt. EL fordern mehr technische Hilfe und (bislang unspezifiziert) Sonderregelungen, um die Streitschlichtung besser nutzen zu können. Entgegen ursprünglicher Planung haben die WTO-Mitglieder bis Ende April keine grundsätzlich überarbeiteten Änderungsvorschläge unterbreitet. Der Ende Juli 2006 geplante zusammenfassende Textvorschlag des Vorsitzenden wurde daher bislang nicht erstellt.</p>
<p>Doha Development Agenda Global Trust</p>	<p>In Doha haben sich IL verpflichtet, zusätzliche Mittel für technische Unterstützung und Kapazitätsaufbau in EL zur Verfügung zu stellen. Hierzu wurde Ende</p>

Fund (DDAGFT)	<p>2001 außerhalb des regulären WTO-Budgets der „Doha Development Agenda Global Trust Fund“ (DDAGTF) geschaffen. Zu finanzierende Maßnahmen werden im jährlichen „Technical Assistance Plan“ festgelegt. 2005 wurden rd. 24 Mio. SFr (rd. 15, 4 Mio. €) zur technischen Unterstützung ausgegeben. Volumen finanzieller Unterstützung hat sich seit 2001 verdoppelt. Diskutiert werden derzeit eine verstärkte Orientierung der WTO-Unterstützung am tatsächlichen Bedarf der EL („needs assessment“), Kosteneffizienz und die Frage eines „Outsourcing“ an andere Internationale Organisationen.</p> <p>Deutscher Beitrag: Seit 2002 wurden aus deutschen Haushaltsmitteln (BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ) zusammen ca. 5,5 Mio € in den DDAGTF eingezahlt. 2007 hat Deutschland 1 Mio. € in den DDAGTF eingezahlt (WTO-Pressemitteilung vom 24. April 2007). Ein Teil dieser Summe dient auch der Finanzierung von Trade Policy Reviews der am wenigsten entwickelten Länder. Deutschland finanziert damit weiterhin als zweitgrößter WTO-Beitragszahler (insgesamt 11,6 Mio. Schweizer Franken) die TZ der WTO entsprechend mit.</p>
Aid for Trade (AfT, handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit)	<p>Entsprechend der Empfehlungen der WTO Task Force wird AfT unabhängig von den Verhandlungsergebnissen der Doha-Runde diskutiert. Die Empfehlungen der WTO Task Force zu AfT wurden auf dem Allgemeinen Rat der WTO im Oktober 2006 formal bestätigt. Der WTO-Entwicklungsausschuss wird zukünftig bei der globalen Überprüfung und Evaluierung von AfT-Maßnahmen eine unterstützende Funktion übernehmen. Im November (20. – 21. November 2007) wird es im Allgemeinen Rat der WTO erstmals eine Global-Debatte zum Thema AfT geben. Ziel der Konferenz ist die Überprüfung der AfT-Aktivitäten vor dem Hintergrund des Global Monitoring on Aid for Trade der OECD, die Auswertung der Schlussberichte und Ergebnisse der regionalen Aid for Trade Mobilisierungskonferenzen im September/Oktober 2007 in Lima (Peru), Manila (Philippinen) und Dar Es Salaam (Tansania) sowie die Identifizierung kurz- und längerfristiger Schritte für die kommenden Jahren.</p> <p>In Hongkong haben die WTO-Mitglieder beschlossen, ihre Ausgaben für handelsbezogene EZ (v.a. Unterstützung handelsrelevanter Angebots- und Infrastrukturen in EL sowie Erleichterung von liberalisierungsbedingten Anpassungsprozessen) zu erhöhen. Globales Ziel ist die Steigerung handelsbezogener EZ auf ca. 4 Mrd. US-\$ bis 2010. Formuliert wurde dies zuletzt durch die G8 in St. Petersburg. Die G8 beziehen hierbei jedoch noch andere Geber ein. Seitens der G8 besteht das Verständnis, dass die Aufstockung der Beiträge im Rahmen der Gleneagles-Ankündigungen (2005) bzw. bezogen auf die EU im Rahmen des ODA-Stufenplans zur Verfügung gestellt werden. Die EU will ab 2010 Ausgaben von bis zu 2 Mrd. € jährlich für handelsbezogene Unterstützung erreichen (1 Mrd. € durch KOM, 1 Mrd. € durch MS).</p> <p>Das EU-Ausgabenziel wurde mit den Ratsschlussfolgerungen vom 14. Dezember 2005 bzw. 16. Oktober 2006 vereinbart und konkretisiert. Die unter deutscher Ratspräsidentschaft verhandelten Ratsschlussfolgerungen (15.05.2007) legen nunmehr die vier inhaltlichen Säulen einer zukünftigen gemeinsamen EU-Aid for Trade-Strategie fest (1. Rahmenbedingungen für die weitere Steigerung der handelsbezogenen Unterstützung, 2. Vereinbarung qualitativer Rahmenbedingungen, 3. „Monitoring & Reporting“, 4. Besondere Bedeutung von Aid for Trade für die regionale Integration der AKP-Staaten, auch im Zusammenhang mit den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs)), die derzeit zwischen EU und AKP-Staaten verhandelt werden. Mitte Oktober 2007 wurde die gemeinsame AfT-Strategie der EU und der Mitgliedstaaten im Außenrat der EU verabschiedet. Die Strategie sieht vor, bis Ende 2007 Leitlinien zur EU-Berichterstattung zu erstellen (Ausarbeitung qualitativer und quantitativer Indikatoren für Monitoring und Wirkungsanalyse, gemeinsamer Modalitäten zur Bereitstellung von AfT). Auf Seiten der Partnerländer soll Handel und AfT bis 2010 umfassend in die Armutsreduzierung, die nationalen Entwicklungsstrategien, die Implementierungspläne und nationale Budgets einbezogen werden. Auf Seiten der Geber soll bis 2010 die Entwicklung gemeinsamer Reaktionsstrategien (Komplementarität) erfolgen. In 2008 steht die Überprüfung des EU-MS Zwischenziels von 600 Mio. € an. Die Mitgliedsstaaten müssen bis 2010 insgesamt drei quantitative Ziele erreichen: Die Mittel für AfT sind bis 2010 auf 1 Mrd. Euro</p>

zu steigern. Von den zusätzlichen Mitteln ab 2005 sollen *in the range of 50%* an die AKP-Staaten und gleichzeitig 50% für (Sub-Sahara) Afrika zur Verfügung gestellt werden.

Über den Zeitraum 2001-2005 war Deutschland mit knapp 323 Mio. € zweitgrößter bilateraler Geber handelsbezogener EZ. Bezieht man multilaterale Geberinstitutionen und die EU-Kommission mit ein, stand Deutschland bei dem Vierjahreszeitraum 2001-2004 auf Platz 4. Die bilaterale deutsche handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit belief sich in 2001 und 2002 auf jährlich rd. 75 Mio. €, im Jahr 2003 betrug sie rd. 91 Mio. €, im Jahr 2004 66 Mio. € und im Jahr 2005 wieder 91 Mio. €. Die deutschen Zusagen für Maßnahmen multilateraler Organisationen (v.a. WTO, IF, ITC, UNCTAD) beliefen sich zwischen 2001 und 2005 auf 15,23 Mio. €.